
45/BI XXV. GP

Eingebracht am 24.04.2014

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bürgerinitiative

Formblatt für eine Parlamentarische Bürgerinitiative

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

"Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen"

Seitens der EinbringerInnen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Die Problematik betrifft nicht nur Schulen einzelner Bundesländer, sondern ist in allen öffentlichen Schulen Österreichs zu beobachten und daher als Bundeskompetenz einzustufen.

ANLIEGEN:

Die unterzeichnenden Eltern, Großeltern, Lehrerinnen und Lehrer, Bürgerinnen und Bürger der Republik Österreich fordern aufgrund zahlreicher schockierender Vorkommnisse an Schulen und im privaten Bereich den Nationalrat auf, das Thema „*Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen*“ intensiver zu behandeln.

Folgenden Gefahren und anderen negativen Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sind immer mehr und immer jüngere Kinder ausgesetzt:

- **Cyber-Mobbing, Cyber-Bullying, Cyber-Stalking und Cyber-Grooming:** Laut Forsa-Studie der Universität Münster und Techniker Krankenkasse 2011, waren bereits 32% der Befragten Opfer von Cyber-Mobbing.
- **Videos mit pornographischen und gewaltverherrlichenden Inhalten, Happy Slapping:** „Zwei Jugendliche zünden einen Betrunknen an und filmen, wie er brennt. Drei 14-Jährige vergewaltigen ein elfjähriges Mädchen und senden den Film davon an Mitschüler“ (SZ, 11. Mai 2010), vgl. dazu die Studie von Dr. Petra Grimm, Hochschule der Medien, Stuttgart 2007.
- **Internetsucht:** Laut einer Studie der psychiatrischen Abteilung der Salzburger Landeskliniken und des Instituts für Psychologie der Universität Salzburg sind bereits 2,5 Prozent der Jugendlichen in Österreich internetsüchtig, Jänner 2012.
- **Handystrahlung:** An Schulen in Frankreich wurde im Jahr 2009 zum Schutze der Kinder ein Handyverbot an Schulen eingeführt. Seit 2011 gibt es ein EU-Komitee, das ein Handyverbot an Schulen aufgrund vermuteter Gefährlichkeit elektromagnetischer Strahlung empfiehlt.

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Der Nationalrat wird ersucht, unten stehende Forderungen zum Wohl und Schutz unserer Kinder zu diskutieren und umzusetzen.

- Einführung einer verbindlichen Übung zum Thema „**Medienerziehung und Umgang mit neuen Medien**“ für alle Schülerinnen und Schüler mit fixer Verankerung in den Stundentafeln der jeweiligen Lehrpläne aller Schulformen.
- Verpflichtende Einführung eines **Medien-Führerscheins**.
- **Flächendeckendes Sperren** aller Internetseiten mit Kinder- und Jugendverbot nach dem Vorbild von Großbritannien.
- **Generelles Handy-, Smartwatch- und Smartbrillennutzungs-Verbot an öffentlichen Schulen** An diesen Schulen besteht bereits generelles Handyverbot: Theresianum Wien, Gymnasium Wien Alsergrund, Pestalozzizygnasium Graz, u.a.

(Falls der Vordruck nicht ausreicht, bitte auf Beiblatt fortsetzen)

Parlamentarische Bürgerinitiative betreffend

"Handy- und Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen"

Erstunterzeichner/in

Name	Anschrift	Geb. Datum	Datum der Unterzeichnung	Eingetragen in die Wählerevidenz der Gemeinde
STRAUSS ALICE				

.....
Unterschrift